

Überhaupt nicht peinlich

Panzerlieferungen: „Peinlich für Scholz“, FR-Meinung vom 28. Februar

Das ist nicht peinlich für Scholz, sondern peinlich für die FR bzw. für Frau Quadbeck. Ich bin froh, dass wir einen Kanzler haben, der nicht allzu offensichtlich Kotasus vor den Amerikanern macht. Schließlich muss er entsprechend seinem Amtseid in erster Linie deutsche und nicht amerikanische Interessen wahren. Dass die nicht immer und überall und auch nicht in der Ukraine übereinstimmen, dem sollte Ihre Zeitung ruhig ein wenig gründlicher nachgehen. Die „deutsche Führungsrolle“ muss nicht darin bestehen, bei Waffenlieferungen in der vordersten „Front“ zu stehen, auch wenn viele das lauthals fordern.

Wieso ist es peinlich für die Bundesregierung und nicht für die amerikanische, wenn zwischen den Darstellungen eine Lücke klafft? Bezeichnend für den Umgang mit Verbündeten scheint mir eher, wenn der amerikanische Sicherheitsberater wenige Tage vor dem Besuch des Kanzlers eine solche Information der Öffentlichkeit präsentiert. Und wieso unterstellen Sie, dass die amerikanische Version die richtige ist und nicht die deutsche? Die abwägende und auch in Ihrer Zeitung leider sehr häufig als „zögerlich“ bezeichnete Haltung des Kanzlers ist im wohlverstandenen deutschen Interesse.

Jochen Stürznickel, Viernsen

Rechtlastiger Deal

Schwarz-Rot in Berlin: „Giffey stiftet Unruhe in der SPD“, FR-Politik v. 2.3.

Giffey wollte das Bürgermeisteramt nicht Bettina Jarasch gönnen, lieber präsentiert sie es Kai Wegner, vermutlich um in einer Großen Koalition weiter Karriere machen zu können, bevor ihre eigenen Genossen sie ins zweite Glied schicken. Und diesem Kai Wegner ist von Parteifreund Czaja Rechtslastigkeit, eine zu große Nähe zur AfD attestiert worden. Man kann nur hoffen, dass die Berliner Genossen bei diesem Deal nicht mitmachen. Susanne Roether, Frankfurt

So viel Lüge muss sein

Zu: „Putin droht mit Wettrüsten“, FR-Tagesthema vom 22. Februar

Nachdem Putin erklärt hat, dass der Westen den Krieg in der Ukraine entfacht hat, wird es nicht mehr lange dauern, bis er die Welt darüber aufklärt, dass keinesfalls die USA die Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs massiv mit Waffen unterstützten, sondern es umgekehrt die Sowjetunion war, die Waffen an die USA lieferten, wodurch erst die Landung in der Normandie möglich wurde. So viel Lüge muss sein. Fritz Brehm, Frankfurt

Wagenknecht schwelgt in völkisch-sozialistischen Phrasen

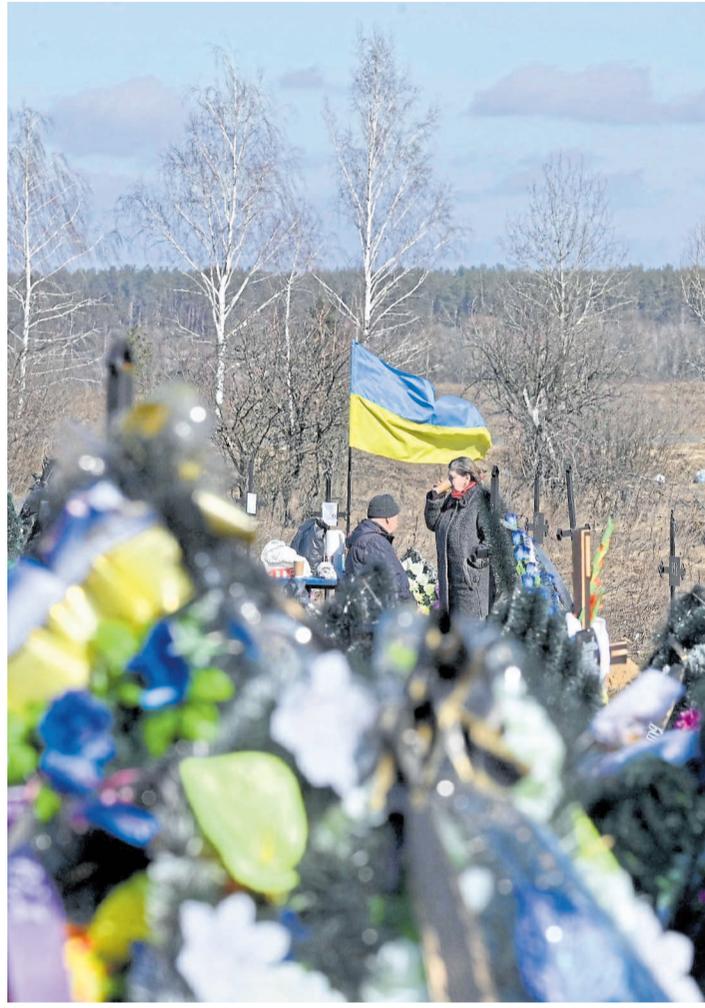
Schwarzer-Wagenknecht-Manifest, Demo in Berlin: „Mission Wachstum um fast jeden Preis“, FR-Politik vom 6. Februar

Der Konflikt wird angeheizt

Der Bericht über die Kundgebung am Brandenburger Tor, zu der Schwarzer und Wagenknecht aufgerufen hatten, beschäftigt sich unter anderem mit der Anzahl der Teilnehmer*innen. Er hält sich an die Polizeizahlen von nur 12.000. Ich wusste schon seit Sonntag aus der Jungen Welt, dass am S- und U-Bahnhof Brandenburger Tor gegen 14 Uhr keine Züge mehr hielten „mit Verweis auf die Überfüllung“. Für Berliner*innen leicht zu verifizieren. Demnach musste die Polizei Kenntnis von einer ungewöhnlich großen Anzahl Teilnehmer*innen haben. 10.000 gehen auf den Römer. Wenn es vor dem Brandenburger Tor überfüllt ist, müssen das weitaus mehr Menschen sein. Man kann also getrost von mehreren Zehntausend Teilnehmer*innen ausgehen.

Frau Schwarzer zitierte in ihrer Rede eine aktuelle Forsa-Umfrage, nach der deutlich über die Hälfte der Bundesbürgerinnen gegen weitere Waffenlieferungen sind. Diese Menschen wünschen sich von der Bundesregierung mehr Initiative in Deeskalation und Verhandlungen. Dazu gehöre ich auch. Und ja, ich habe Angst vor dem, was UN-Generalsekretär Guterres „mit offenen Augen in einen größeren Krieg“ gehen nannte (also nicht „traumwandlerisch“ wie Habermas).

Er nannte in diesem Zusammenhang auch die Gefahr eines Atomkriegs. Diese Angst trägt dazu bei, dass es Zulauf zum „Manifest für den Frieden“ gibt. Sie bewirkt, dass die Bundesregierung in den Reden und bei den Teilnehmer*innen der Kundgebung so gar nicht gut wegkam. Denn die Bundesregierung, allen voran Frau Baerbock, nimmt nicht zur Kenntnis, was die Mehrheit der Bevölkerung erwartet. Es ist bemerkenswert, dass eine Petition derart schnell anwächst. Und dass, obwohl sie von so viel Kritik begleitet wurde. Das könnte nachdenklich machen.



Angehörige von ukrainischen Soldaten bei einem Begräbnis in Borodyanka nahe Kiew. AFP

Es ist die Verantwortung der Politiker, Unheil vom deutschen Volke abzuwehren. Die Situation im Fall de Ukraine-Krieges ist kompliziert. Tatsächlich braucht es das Zusammenwirken der ganzen Welt, um eine neue Friedensordnung zu bekommen. Es ist erfreulich, dass es Initiativen wie die Chinas und Brasiliens gibt. Aber unsere Regierung muss ihrer Verantwortung gerecht werden. Darauf warten, dass andere es richten, gilt nicht. Die Friedensbewegung muss sich an unsere Regierung wenden.

Der Kommentar „Chance vertan“ kann als Eigentor der FR gewertet werden: Die FR hat die

Chance vertan, in angemessener sachlicher Weise über das Manifest für den Frieden und die Kundgebung am Brandenburger Tor zu berichten.

Christa Führer-Rößmann, Offenbach

Putin hat bewiesen, dass er ein Menschverächter ist

Die Parole „Aufstand für den Frieden“ weist eine Nähe zu Sahara Wagenknechts erfolgloser Sammlungsbewegung „Aufstehen“ von 2018 auf, die über ein Strohfeuer nicht hinaus kam und trotzdem neu mobilisiert werden soll. Wobei eine Parteineugründung nicht ausgeschlossen

scheint. Allerdings dürften die 13.000, die in Berlin demonstrierten und eine Nähe zu rechtem Populismus offenbarten, eine sowohl intellektuell als auch quantitativ nicht ausreichende Basis sein. Allenfalls kann ein „AfD plus“ dabei herauskommen. Während Wagenknecht in völkisch-sozialistischen Phrasen schwelgt, holen Alice Schwarzer, die Mitinitiatorin der Demonstration und Mitverfasserin des „Manifests für Frieden“, die Schatten der Vergangenheit ein. Hierzu zählen diverse Streitigkeiten im feministischen Milieu und der Strafbefehl wegen Steuerhinterziehung vom Juli 2016.

Manifest“ und „Aufstand“ fordern von der Bundesregierung und den Nato-Verbündeten die Einstellung der Waffenlieferungen an die ukrainischen Verteidiger und rufen zu sofortigen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen auf. Das soll allen schlecht Informierten suggerieren, der Krieg in der Ukraine wäre ein Konflikt, in dem zwei Staaten leichtfertig hineingeschlittert seien. Tatsächlich aber handelt es sich um einen geplanten Angriffskrieg, nämlich um einen Überfall Russlands auf die Ukraine. Er erfüllt alle Eigenschaften, die einem Vernichtungskrieg zugeschrieben werden.

Wer die Ukraine entwaffnen will, bewaffnet den Aggressor Putin. Der hat in Tschetschenien und in Syrien bewiesen, dass er ein Menschenverächter ist. Wer mit ihm gemeinsame Sache macht, setzt sich dem Verdacht aus, Teil einer internationalen kriminellen Vereinigung zu sein.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Schwärzeste Zeiten für humane Linke

Von Wagenknecht erwarte ich schon lange nichts mehr. Aber traurig und lächerlich tragisch finde ich die sichtbare Freude der Alice Schwarzer. Olaf, Robert und Annalena behalten die Übersicht in schwärzesten Zeiten für humane Linke. Jürgen Brinkop, Hamburg

Diskussion: frblog.de/schwarzer

Eine Provokation für viele Mitglieder an der Basis

Vert Realos: „Grün lackierte CDU“, FR-Meinung vom 20. Februar

Niedlich und gebildet, um in der Mitte zu fischen

Da haben sich die Textdesigner geradezu überschlagen: „Vert-Realos“. Der Schwerpunkt kommt deutlich heraus: Realos. Das steht für die Politiker der Grünen, die mit beiden Beinen auf dem Boden der Tatsachen stehen und in einem Regenbogen von Koalitionen in Bund, Land und Stadt immer neue grüne Positionen preisgeben. Das „Grün“ wird verschleiert: Vert hat doch etwas niedlich Gebildetes. Grün dagegen könnte Assoziationen an ökologische Forderungen und Finanzierungsfragen wecken. Dass dieses Vert zudem klangliche Anleihen bei der Wertunion macht – was soll's. Die „Vert Realos“ wollen mit ihren Inhalten ja auch

in der Mitte fischen ... Und etwas rechts davon. Allerdings: Dass diese Gruppierung mit dieser verschwurbelten Schöpfung ausgerechnet gegen Ende der närrischen Kampagne aktiv wird, macht nachdenklich. Wollen sich Boris Palmer und Kumpanei vielleicht nur für einen närrischen Orden ins Gespräch bringen? Gelungen. Tusch, Narhallamarsch!

Folkhart Funk, Frankfurt

Droht das Ende einer politischen Kraft?

Der Streit zwischen „Realos“ und „Fundis“ schwelt nun schon eine ganze Weile. Es wäre illusorisch zu glauben, dass in der doch so diskussionsfreudigen Partei sich die inhaltlichen Positionen vieler Mitglieder erledigt hätten. Wenn also

bis jetzt keine neuen öffentlich geführten Debatten zwischen den beiden klassischen Fraktionen Fundis und Realos stattgefunden haben, dann liegt das vor allen Dingen daran, dass die sogenannten Fundis sich bis zur Selbstverleugnung in eine fragwürdigen Parteidisziplin eingefügt haben, die allerdings den Markenkern der Bündnisgrünen bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Das merken auch viele Kommunalpolitiker, die sich gegen ihren eigenen Willen in Koalitionen mit der CDU einbinden lassen. Dass jetzt für die Asylpolitik, die für die Grünen immer sakrosankt war, die Verts Realos Vorschläge machen, die das Grundrecht auf Asyl einschränken wollen, muss für viele Grünen-Mitglieder wie eine Provokation wirken. Wenn die Grünen den

Weg dieser Grünen-Funktionäre wie Boris Palmer oder Rebecca Harms gehen, dürfen sie sich nicht wundern, dass das vielleicht der Anfang vom Ende einer zu Recht moralisierenden, die brechenden Dämme des Humanismus aufhalten wollenden Partei sein könnte. Die Bündnisgrünen müssen sich entscheiden, ob sie sich in der Tat in Richtung grün lackierte CDU entwickeln oder weiter eine Wahlalternative für Menschen sein wollen, die mit hohen moralischen Werten ausgestattet sind. Im Interesse dieser Republik sollten sie sich für ihre inneren Überzeugungen entscheiden und sich von den viel zu vielen „Realpolitik“ predigenden sogenannten Verts Realos nicht die Identität kaputt machen lassen.

Manfred Kirsch, Neuwied